

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Deutsches Kinderhilfswerk

Datum: 05.08.2026

Befürworten Sie die Einführung einer Landes-Kinderrechtsstrategie? Wenn ja: Planen Sie diese mit klaren Zielen und verbindlichen Maßnahmen zu hinterlegen? Wenn ja: In welcher Höhe sehen Sie hierfür Ressourcen vor?

Der Landtag und die Landesregierung haben sich in der zu Ende gehenden Legislatur auf mehreren Ebenen (Anträge, Selbstbefassungen) mit dem Thema Kinderrechte beschäftigt. Als SPD stehen wir hinter dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes. Kinderrechte sind grundlegende Prinzipien, die jedem Kind gleiche Chancen, Schutz und eine gesunde Entwicklung garantieren sollen. Kinder sind als eigenständige Rechtssubjekte selbstverständlich Träger von Grund- und Menschenrechten. Gleichzeitig benötigen sie einen besonderen Schutz, da sie weniger demokratische und gesellschaftliche Möglichkeiten (Bsp. Wahl- und Klagerecht) haben als Erwachsene. Nach UN-KRK sind alle Maßnahmen, die Kinder betreffen, die Kinderrechte einzuhalten und ihre Interessen vorrangig zu berücksichtigen.

Für Sachsen-Anhalt können wir sagen, dass die Rechte von Kindern in weiten Teilen sichergestellt sind, es aber auf einigen Feldern Verbesserungen bedarf. Im Land gibt es derzeit kein ganzheitliches Konzept zur Prüfung der Einhaltung der Kinderrechte (bspw. Checklisten), aber die Beteiligung bei Gesetzesvorhaben und zahlreiche Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen.

Das Jugendpolitische Programm des Landes, das im Dialog mit Kindern und Jugendlichen und den Verbänden entstanden ist und kürzlich überarbeitet wurde, bündelt ressortübergreifend Maßnahmen und Ziele, die die Lebenswelt junger Menschen im Land – von schulischer, beruflicher und kultureller Bildung über Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Mobilität bis hin zu Demokratieförderung – betreffen. Im novellierten verpflichtenden Bildungsprogramm in der frühkindlichen Bildung Bildung:elementar für die Kindertageseinrichtungen wurde dem Aspekt der Demokratie- und Medienbildung sowie Gesundheit mehr Gewicht in der alltäglichen Umsetzung eingeräumt.

Ein ressortübergreifender Aktionsplan aller Ministerien und der Sport- und Jugendverbände, zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt wurde ebenfalls von der Landesregierung beschlossen. Ziel ist es, bestehende Präventions- und Hilfsangebote zu stärken und besser bekannt

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

zu machen, Schutzkonzepte in den Einrichtungen auszubauen sowie Fachkräfte und Ehrenamtliche für den Kinderschutz durch Qualifizierung zu stärken. Der Aktionsplan umfasst 30 Maßnahmen. Den Schwerpunkt bildet der

Präventionsbereich. So sollen beispielsweise Konzepte zum Schutz vor Gewalt, insbesondere vor sexualisierter Gewalt, an allen rund 800 allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen und berufsbildenden Schulen des Landes etabliert werden. Prävention soll gestärkt und Missbrauch so verhindert werden. Partner der Maßnahmen ist das Zentrum Kinderschutz, das Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und Ehrenamtlichen Hilfe bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten anbietet. Es wurde vereinbart, dass Förderrichtlinien sowie Verträgen für Projekte und Vorhaben, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zu überprüfen sind, ob Gewaltschutzkonzept vorliegt sowie ob Ausbildungsrahmenpläne und Curricula von Ausbildungs- und Studiengängen mit dem Berufsziel, später mit Kindern zu arbeiten, verbindliche Module zur Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen enthalten. Es sind auch nachträgliche Schulungen verankert.

Ob all diese Maßnahmen, die alle konkreten Schritte enthalten in einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie des Landes zusammengefasst werden sollten, besteht noch keine einheitliche Meinungsbildung. Es gibt viele positive Ansätze, die aber einer landesweiten Verankerung auf den verschiedenen Ebenen bedürfen. Daher sehen wir in einer Gesamtstrategie des Landes mit einheitlichen Vorgaben – unter Einbindung der kommunalen Ebene - die Chance den Ansätzen mehr Wirksamkeit und Verbindlichkeit zu verleihen.

Planen Sie eine Stärkung der Rolle des*der Kinder- und Jugendbeauftragte*n des Landes in der nächsten Legislaturperiode? Wenn ja: Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie hierfür vor?

Der Kinder- und Jugendbeauftragte des Landes ist beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration verortet. Wir unterstützen eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung und administrative Stärkung des Amtes, um als übergeordnete und unabhängige Interessenvertretung für die Rechte von Kindern einzutreten. Das Land ist bundesweit Vorreiter bei der frühzeitigen Einbindung in Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren, die kinderrechtliche Belange berühren.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um landeseitig die Entwicklung einer kinderfreundlichen Stadt- und Dorfentwicklung auf kommunaler Ebene zu unterstützen?

In Sachsen-Anhalt gibt es das Projekt Landeszentrum Jugend + Kommune, welches die Beteiligung junger Menschen an kommunalen Planungsprozessen (kommunale Jugendgremien) fördert. Als landesweit tätige Einrichtung bietet es den Kommunen in Sachsen-Anhalt Unterstützung auf dem Gebiet der Einbindung von Jugendlichen in Entscheidungsprozesse der kommunalen Mitgestaltung.

Ein eigenes Förderprogramme für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung gibt es im Land derzeit nicht, aber einzelne kommunale Projekte, die die Bedürfnisse und die Sicherheit von Kindern stärker in den Blick nehmen. So gibt es in Magdeburg die sichere Schulwegskonzeption oder in Halle/Saale die Spielflächenkonzeption.

Befürworten Sie die Einführung eines Landesprogramms zum Aufbau kommunaler Präventionsketten gegen Kinderarmut? Welche weiteren Maßnahmen planen Sie zur Bekämpfung von Kinderarmut?

In Sachsen-Anhalt haben wir derzeit kein eigenständiges Landesprogramm, das kommunale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut fördert. Kinderarmut bleibt die größte Gefahr für ein gutes Aufwachsen. Jedes siebte Kind wächst derzeit in Armut auf und dies geht einher mit einer lebenslangen Prägung und geringeren Teilhabemöglichkeiten und Bildungsbenachteiligungen. Damit findet sich die SPD Sachsen-Anhalt nicht ab. Armutsrisiken werden in allen relevanten Handlungsfeldern – auch auf kommunaler Ebene - bekämpft. Gute und tarifgerecht bezahlte Arbeit der Eltern bleibt weiterhin der wirksamste Schutz vor Kinderarmut.

Wir wollen die Ausbildung und Erwerbsfähigkeit der Eltern stärken, u.a. durch den Ausbau erfolgreicher Projekte wie MiKA ("mit Kind in Arbeit, Ausbildung oder Abschluss") oder die Assistierte Ausbildung, wo junge Alleinerziehenden durch intensive Begleitung den Weg aus der Grundsicherung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geebnet wird. Mindestlohn und Tarifverträge sichern ein stabiles Familieneinkommen.

Ein zukunftsfestes Kita-Netz und verlässliche Ganztagsbetreuung unterstützen Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Mehrkind- oder auch Geschwisterkindregelung in der Kita entlastet Eltern mit mehreren Kindern finanziell. Das wollen wir beibehalten. Für die Schule setzen wir uns für die Lernmittelfreiheit ein, um Eltern vor hohen zusätzlichen Kosten zu entlasten. Die

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Kommunen haben verschiedenste Beratungs- und Unterstützungsangebote, die oft vom Land mit unterstützt und finanziell gefördert werden, so bspw. die gute ausgebaute Kita-Landschaft, die Kita- und Schulsozialarbeit, die Schwangerschaftsberatungsstellen, die Frauenhäuser, die Beratungsstellen in der Familienarbeit, die alle Kinder und ihre Familien in Lebenslagen begleiten. Ob es eine landesweite Koordinierung der Beratungs- und Unterstützungsleistungen von Land und Kommunen bedarf werden wir prüfen.

Planen Sie die Einführung einer Landesstrategie für Kinderschutz? Falls ja: Würde diese auch die Einrichtung einer Landes-Fach- und Servicestelle Kinderschutz sowie die Einführung mindestens eines Childhood-Hauses umfassen?

Wir beobachten, dass es mehr Fälle für sexuellen Missbrauch und Kindswohlfährdung im Land gibt. Dies ist auf mehr gemeldete Fälle, eine gestiegene Aufmerksamkeit des Umfeldes zurückzuführen. Das Land Sachsen-Anhalt verfügt seit 2025 über ein Zentrum Kinderschutz. Das neue Zentrum Kinderschutz wird Fachkräfte und Ehrenamtliche in Kinderschutzfragen sensibilisieren und beraten. Ziel ist, landesweit einheitliche Qualitätsstandards sicherzustellen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kooperationspartnern im Kinderschutz zu unterstützen. Mit Informationen für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die Kinder- und Jugendfeuerwehren, den Sportbereich sowie Träger von Freizeitangeboten soll das Zentrum dabei unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Förderung langfristig über 2029 hinaus verstetigt wird. Ein Childhood-House gibt es derzeit nicht im Land Sachsen-Anhalt. Wir werden prüfen, ob eine solche Struktur des Childhood-House für Sachsen-Anhalt mit seinen ländlichen Räumen das passende Konzept ist oder man punktuell ein oder zwei Zentren einrichtet oder mit den vorhandenen Schutzzentren verbindet.